

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: (1) SPD BREMEN, (2) EYETRONIC, (3) SPD BREMEN, (4) COLOURBOX

„Handeln und Umsetzen, dies ist der klare Auftrag, dem sich die neue rot-grüne Koalition stellen wird.“ (Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen vom 13. Juli 2015)

SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK IN ZAHLEN GEGOSSEN

Politische Vorhaben und Schwerpunkte der nächsten Monate *Von Sascha Karolin Aulepp, SPD-Landesvorsitzende*

Der rote Faden sozialdemokratischer Politik in Bremen ist soziale Gerechtigkeit. Und diesen roten Faden haben wir mit dem jetzt verabschiedeten Doppelhaushalt in Zahlen gegossen. Wir machen deutlich, dass wir es sind, die die Interessen der breiten Bevölkerung vertreten. Wir haben trotz Haushaltsnotlage sozialdemokratische Schwerpunkte gesetzt!

Die Koalition hat den Haushalt für dieses und das kommende Jahr vor der Sommerpause beschlossen. Wir befinden uns weiter auf Sanierungskurs, da führt kein Weg drum herum. Aber das ist nicht der Abschied von Politik. Auch bei begrenzten Mitteln und der Notwendigkeit einer weiteren restriktiven Haushaltsführung müssen unsere Schwerpunkte erkennbar sein. Das muss sich auch finanziell messbar niederschlagen. Wir haben klare sozialdemokratische Schwerpunkte gesetzt, für unsere Kinder, für mehr Arbeit, und für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Bildung ist der Schlüssel

Wir haben vor der Wahl versprochen, dass gute Bildung für unsere Kinder weiter ein Schwerpunkt sein muss und wir haben Wort gehalten. Wir finanzieren 120 zusätzliche Lehrer- und Lehrerinnen-Stellen; zudem werden 56 weitere Pädagoginnen und Pädagogen das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern (Inklusion) unterstützen. Denn wir bleiben dabei: Es ist normal, verschieden zu sein. 176 zusätzliche Vollzeitstellen in unseren Schulen ist eine durchaus sehenswerte Zahl.

Zudem setzen wir weiter auf den Ausbau des Ganztagsangebots, um ein längeres, gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Deshalb sind im Haushalt 2016/2017 die Mittel für den Ausbau von acht weiteren Ganztagschulen bereitgestellt worden. Aber wir wollen auch insgesamt die baulichen Bedingungen in unseren Schulen verbessern, deshalb investieren wir 2016 und

2017 knapp 44 Millionen Euro in unsere Schulgebäude.

Bildung von Anfang an

Bildung muss früh ansetzen, deshalb bauen wir das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen weiter aus. Wir werden unser Ziel, frühkindliche Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Kindertagesbetreuung zu ermöglichen, mit Nachdruck weiterverfolgen. Das darf nicht am Geld scheitern. Zusätzlich dazu stehen Mittel zur Steigerung der Qualität in den Kitas zu Verfügung. Derzeit haben wir Probleme mit der schnellen Umsetzung des Ausbaus. Das können wir auch nicht in Abrede stellen, aber daran wird mit Hochdruck gearbeitet.

Jugendliche brauchen Unterstützung

Wir unterstützen unsere Jugendeinrichtungen in ihrer wertvollen Arbeit ... **Fortsetzung auf Seite 2**

Fortsetzung von Seite 1

... und werden die Jugendarbeit ausbauen. Deshalb investieren wir in Freizeit und die aufsuchende Jugendarbeit. Die entsprechenden Mittel werden um insgesamt knapp 1,3 Millionen Euro erhöht. Das ist nur eine geringe Steigerung, aber endlich ist es gelungen, eine Steigerung durchzusetzen. Es geht in die richtige Richtung.

Wir investieren in Sicherheit

Auch die Innere Sicherheit ist zentral, wenn es darum geht, die Stabilität unseres Gemeinwesens zu erhalten. Deshalb haben wir auch in diesem Bereich einen deutlichen Akzent gesetzt, gerade was den personellen Einsatz angeht: Die Ausbildungskapazitäten für angehende Polizeibeamte wurden bereits auf 120 Plätze erhöht. Das allerdings reicht uns nicht: Ab sofort erhält die Polizei darüber hinaus deutlich mehr Mittel, um weitere Polizistinnen und Polizisten sowie Angestellte für deren Entlastung einzustellen. Gegenwärtig liegt die Zahl der Polizeibeschäftigten in der Stadtgemeinde Bremen bei 2470. Wir finanzieren ab sofort 2600 Planstellen: 130 mehr als heute! Auch für die Fahrzeuge und Ausstattung der Polizei wird deutlich mehr Geld investiert. Knapp 4,3 Millionen Euro sind für die Beschaffung von Polizei- und Feuerwehrfahrzeugen vorgesehen; zusätzlich fast 1,2 Millionen

Euro gibt es für die Ausrüstung von Polizeibeamten.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Wir wollen neue Chancen schaffen für langzeitarbeitslose Menschen. Deshalb finanzieren wir ein neues Förderprogramm: Insgesamt 500 Menschen, die seit langem auf der Suche nach einem Job sind, sollen sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden – und zwar durch sinnvolle Arbeit, die den Stadtteilen nutzt. In die Perspektive für langzeitarbeitslose Menschen investieren wir insgesamt 14 Millionen Euro – die Hälfte dieses Betrags übernimmt der Bund. Um jungen Leuten nach der Schule echte Perspektiven zu bieten, werden in diesem und im nächsten Jahr acht Millionen in die Umsetzung der Ausbildungsgarantie fließen.

Die Einnahmen sind das Problem

Uns ist dabei klar: Wir können nicht alles finanzieren, was wünschenswert ist. Beim Wünschen die Zwänge ausblenden und links liegen lassen hilft nicht – aber auch ein Kaputtsparen unseres Zwei-Städte-Staates, wie andere es fordern, ist mit uns nicht zu machen. Fakt ist: Bremen hat in erster Linie ein Einnahmeproblem, wir haben keine überzogenen Ausgaben. Und es bleibt für uns dabei: Die Integration der Ge-

flüchteten ist eine nationale Aufgabe, die im Wesentlichen vom Bund zu finanzieren ist.

Solidarität mit den Geflüchteten

2016 und 2017 werden die Kosten für die Unterbringung und Integration der Menschen, die vor Krieg, Not und Terror bei uns Schutz suchen, separat ausgewiesen. Denn klar ist: Das dafür nötige Geld lässt sich in dieser Höhe nicht an anderer Stelle einsparen. Und das ist auch richtig: Nach der Konsolidierungsvereinbarung mit Bund und Ländern ist in einem solchen Ausnahmefall eine höhere Neuverschuldung möglich. Anders sind diese Kosten, die weder vorherzusehen waren noch von Bremen beeinflusst werden können, nicht zu stemmen.

Bremen fordert sein gutes Recht

Die Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern gehen auf die Zielgerade. Alle Bundesländer haben zugestanden, dass Bremen besser gestellt werden muss. Jetzt ist die Bundesregierung gefordert. Wir haben klar gemacht: Bremen lebt nicht auf Kosten anderer. Bremen ist ein wirtschaftsstarkes Bundesland, das viel für andere leistet. Der Exportweltmeister Deutschland ist ohne unsere Leistungen nicht denkbar. Bremen ist kein Bittsteller – Bremen fordert sein gutes Recht. ■

ZUR PERSON:

FOTO: SPD BREMEN

Sascha Karolin Aulepp ist seit April 2016 Landesvorsitzende der Bremer SPD. Sie ist 45 Jahre alt, verheiratet, Mutter von zwei Kindern und lebt seit 25 Jahren in Bremen. Seit Juli 2015 ist Sascha Karolin Aulepp Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft und Sprecherin für Justiz und Recht der SPD-Bürgerschaftsfraktion, ihr Beruf als Jugendrichterin am Amtsgericht Bremen ruht in dieser Zeit. Politisch engagiert sie sich seit ihrer Schulzeit: bei den Falken, in der Frauen- und Friedensbewegung und in der SPD. Sie ist Gewerkschaftsmitglied und es ist ihr ein Anliegen, die Arbeit zwischen der SPD und den Gewerkschaften zu stärken.

AUF DEM WEG ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

Erste Nominierung für Bundestagskandidatur erfolgt

Für die nächste Wahl zum Deutschen Bundestag, die voraussichtlich im September 2017 stattfindet, stellt die SPD im Land Bremen Kandidatinnen und Kandidaten für die zwei Direktwahlkreise im Land Bremen sowie für die Bremer Landesliste auf.

Auf dem Bremerhavener Unterbezirksparteitag am 10. August 2016 gab es die erste Nominierung: Der Bürgerschaftsabgeordnete Uwe Schmidt wurde von der Partei für die Wahlkreiskandidatur nominiert. Ihn schickt die Bremerhavener SPD zur Nachfolge für Uwe Beckmeyer, der auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte, ins Rennen für den Wahlkreis 055 Bremen II – Bremerhaven. Uwe Schmidt erhielt 93 Ja-Stimmen bei 25 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen. Der Bremerhavener AfA-Vorsitzende und Betriebsratsvorsitzender im Gesamthafenbetrieb (GHBV) ist

auch vom AfA-Landesvorstand für die Kandidatur nominiert worden. Die Nominierung von Florian Boehlke, dem Burglesumer Ortsamtsleiter, stand am 24. August – nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Bremer Forums – auf der Agenda seines Ortsvereins Burglesum (Unterbezirk Bremen-Nord). Der Wahlkreis 055 setzt sich zusammen aus Bremerhaven, Bremen-Nord und dem Bremer Westen (Gröpelingen, Walle, Findorff, Blockland) sowie Woltmershausen, Strom und Seehausen.

Die Entscheidung über die Bundestagskandidatur für den Wahlkreis 055 Bremen II – Bremerhaven fällt am **Samstag, 19. November 2016** auf der Wahlkreisdelegiertenkonferenz.

Die Wahlkreisdelegiertenkonferenz für den Wahlkreis 054 Bremen I findet am Vortag, **Freitag, 18. November 2016** statt. Die Nominierung unserer Bundes-

tagsabgeordneten Sarah Ryglewski für den Wahlkreis steht am 30. August 2016 auf der Agenda ihres Ortsvereins Neustadt (Unterbezirk Bremen-Stadt).

Wahlvorschläge für die Aufstellung der Direktkandidatinnen/der Direktkandidaten sollen bis zum **16. Oktober 2016** bei der Landesorganisation eingereicht werden.

Am **Samstag, 10. Dezember 2016** findet dann die Landesdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Landesliste statt. Personalvorschläge für die Landesliste sollen bis zum **27. November 2016** bei der Landesorganisation eingereicht werden.

Für die Aufstellung der Landesliste legt der Landesvorstand Anfang der 48. Kalenderwoche einen Wahlvorschlag vor. Dieser wird zuvor zwischen der Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der drei Unterbezirke abgestimmt. ■

IMPRESSUM**Herausgeber:**

SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Karen Schuster.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

BREXIT – KLARES SIGNAL AN DIE POLITIK

Die politische Stabilität der Europäischen Union ist bedroht. Es braucht einen Politikwechsel hin zu nachhaltigem Wachstum und gerechter Verteilung.

Die britische Regierung ist jetzt gefordert. Damit das Referendum zum Brexit nicht nur eine Stimmungsabfrage bleibt, muss zeitnah ein Austrittsantrag folgen als Startsignal für maximal zweijährige Verhandlungen über die Modalitäten des Austritts. Doch bislang ist unklar, wann der Austrittsantrag gestellt wird, und wie die Verhandlungspositionen Großbritanniens aussehen. Das ist fatal, denn weder die britische Regierung noch die EU sollten versuchen, das Referendum durch Aussitzen unter den Teppich zu kehren. Die Gründe für das Votum der Briten lassen sich nicht länger aussitzen.

Das Argumentationsmuster ist schlicht: Eine als bedrohlich empfundene ökonomische Globalisierung, die soziale Spaltung in und zwischen Staaten vertieft, wird politisch mit der EU verbunden. Die EU sei nicht in der Lage, die-

se Probleme zu lösen, so dass der Nationalstaat wieder das Heft des Handelns übernehmen müsse. Gepaart ist diese Argumentation mit zum Teil aggressiver Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus. Und es handelt sich auch außerhalb Großbritanniens nicht um eine politische Verirrung einiger weniger. In vielen Mitgliedstaaten haben rechtspopulistische Kräfte erheblich an Einfluss gewonnen. Der Front National mit Le Pen an der Spitze erreicht in französischen Wahlen rund 30 Prozent, in Österreich verliert ein rechtspopulistischer Kandidat nur knapp die Wahl zum Präsidentenamt und in Deutschland hat die AfD fast schon stabile Wahlergebnisse deutlich über zehn, zum Teil bereits über 20 Prozent.

Diese Stimmung großer Teile der Bevölkerung in fast allen Staaten bekommt Nahrung durch die verfehlte Wirtschaftspolitik der EU, die in vielen

Mitgliedstaaten die ökonomische Krise verschärft und die Arbeitslosigkeit erhöht hat. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit erreicht unerträgliche Ausmaße. Zudem gelingt keine solidarische Lösung der Flüchtlingsfrage. Statt für sozialpolitischen Fortschritt steht die EU für die Durchsetzung kaum regulierter ökonomischer Konkurrenz. Reichen Menschen und großen Konzernen gelingt es, Milliarden Euro an Steuerzahlungen zu vermeiden.

Wer das Brexit-Votum ernst nimmt, muss jetzt Austrittsverhandlungen führen und zudem die fehlgeleitete Politik der letzten Jahre korrigieren. Die EU darf nicht weiter für Konkurrenz, soziale Ausgrenzung und mangelnde Problemlösung stehen. Wir brauchen einen Politikwechsel hin zu nachhaltigem Wachstum und gerechter Verteilung. National ist dies nicht zu erreichen, sondern nur im europäischen Verbund. ■

DER AUTOR:



FOTO: SPD BREMEN

Joachim Schuster ist seit 2014 im Europäischen Parlament und Mitglied in den Ausschüssen Internationaler Handel sowie Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), Kanada (CETA) sowie den drei afrikanischen Regionen. Mehr Infos gibt es unter:
www.facebook.com/joachim.schuster.eu

BERND RAVENS VERSTÄRKT FRAKTION

Die SPD-Fraktion wird künftig mit einem weiteren Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft vertreten sein: Der Bremerhavener Bernd Ravens hat sich mit Wirkung zum 1. August als parteiloser Abgeordneter der SPD-Fraktion angeschlossen. Und damit wechselt ein echtes Urgestein des Parlaments in die Reihen der sozialdemokratischen Fraktion. Ravens ist seit 1975 Mitglied der Bürgerschaft, lange war er ihr Vizepräsident. Bis zum Jahr 2015 war er Mitglied der CDU. „Die Partei ist mir allerdings letztlich fremd geworden, sodass ich seitdem als parteiloser Abgeordneter in der Bürgerschaft saß“, erklärt Ravens.

Während dieser Zeit ist er der SPD-Fraktion räumlich schon nahe gekommen. Nur ein schmaler Gang trennte seinen Platz im Parlament von den Reihen der sozialdemokratischen Abgeordneten. Nun ist er noch ein Stück nach links gerückt und schließt sich der Fraktion an. „In meiner Zeit als Einzelabgeordneter hatte ich bereits eine sehr konstruktive, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion – und ich konnte feststellen, dass es bei politischen Zielsetzungen viele Übereinstimmungen gibt“, begründet Ravens seinen Schritt. Und in der Tat hatte er zusammen mit SPD und Grünen bereits zwei parlamentarische Initiativen zum Kampf gegen Steuerhinterziehung durch manipulierte Registrierkassen sowie zu einer neuen, gerechteren Besteuerung auf Kapitalerträge erarbeitet.



Der „Neue“: Bernd Ravens verstärkt seit Anfang August die SPD-Fraktion.

Fragt man Bernd Ravens nach seinen politischen Schwerpunkten, so landet die Bildung bei ihm ganz vorne. „Kein Kind – ob behindert oder nicht – darf auf seinem Entwicklungsweg zurückgelassen werden. Gute Bildung ist entscheidend für die Zukunftschancen jedes einzelnen Menschen und ist gleichzeitig der Motor für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt“, sagt er. Wichtig sei ihm zudem, dass Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen weiterentwickelt und verbessert werden. Und schließlich hat er noch ein Ziel für seine Heimatstadt: „Ich setze mich dafür ein, dass Bremerhaven endlich an ein durchgängiges Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn angeschlossen wird.“ ■

MEHR EINFLUSS BEIM MÜLL

Bremen plant erste Schritte zur Rekommunalisierung



Bremen will wieder mehr Einfluss auf Müllabfuhr und Stadtreinigung nehmen. Dazu sollen jeweils nahezu 50 Prozent der jeweiligen operativen Gesellschaften übernommen werden. Foto: Dirk Kruse/ pixelio.de

Mehr Mitsprache beim Müll: Bremen soll sich künftig wieder an Müllabfuhr und Straßenreinigung beteiligen – das hatten SPD und Grüne schon lange beschlossen. Nun hat der Senat nach eingehender Prüfung seinen Plan vorgestellt, wie und in welchem Umfang Bremen sich wieder engagieren soll. Diese Planung sieht eine Beteiligung von jeweils 49,9 Prozent an den Gesellschaften für Müllabfuhr sowie Straßenreinigung und Winterdienst südlich der Lesum vor. Die übrigen 50,1 Prozent sollen in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren an einen privaten Partner veräußert werden. Für den SPD-Abgeordneten Arno Gottschalk ist das die richtige Lösung. „Das ist eine sehr gute und in die Zukunft weisende Weichenstellung“, sagt er.

Gleich in mehrfacher Hinsicht sei die nun geplante Lösung vorteilhaft, betont der Sozialdemokrat: „Bremen wird über die Beteiligung an den operativen Gesellschaften wieder maßgeblichen Einfluss und volle Transparenz über die Kostenstrukturen erhalten. Zudem eröffnet sich durch die Beteiligung von nahezu 50 Prozent sowie der Tatsache, dass die Stadtgemeinde in den beiden Gesellschaften jeweils einen von zwei Geschäftsführern stellen soll, eine weitere Chance: Bremen kann auf diese Weise wieder das notwendige Know-How erwerben, um perspektivisch beide Bereiche wieder vollständig selbst zu übernehmen.“ Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Crueger, ergänzt: „Für uns ist auch und vor allem wichtig, dass es für die Verbraucher nicht zu Verschlechterungen kommt und sie nicht mehr bezahlen müssen. Es ist daher sinnvoll, keine unnötigen Risiken einzugehen.“

Gottschalk begrüßt zudem, die geplanten Verhandlungen über einen Verkauf der Entsorgung Nord (ENO), die dann als reine Be-

schäftigten-Gesellschaft erhalten werden soll. Dies würde einen sicheren Übergang für die Beschäftigten ohne Änderungen bei den Arbeitsstrukturen gewährleisten, erklärt Gottschalk. Bremen werde zudem dafür sorgen, dass in den operativen Gesellschaften tarifliche Vereinbarungen gelten.

Positiv bewertet Gottschalk auch die Planungen für die Straßenreinigung. „Als SPD-Fraktion hätten wir uns eine vollständige Rekommunalisierung dieses Bereiches auch schon 2018 vorstellen können – letztlich sprachen aber überzeugende Argumente dagegen“, sagt Gottschalk. So habe das schrittweise Vorgehen den Vorteil, dass die Harmonisierung der Straßenreinigung in Bremen-Nord und dem übrigen Stadtgebiet mit weniger Zeitdruck vorbereitet werden und mögliche Synergien zwischen Straßenreinigung und Grünpflege in Ruhe analysiert werden könnten.

Und so fällt Gottschalks Bewertung durchweg positiv aus: „Die Kooperation mit kompetenten privaten Partnern wird ein Garant dafür sein, dass eine verlässliche Müllabfuhr und Straßenreinigung mit stabilen Gebühren und Kosten gewährleistet wird. Die Neuausschreibung eröffnet bei einem starken Wettbewerb sogar die Chance, dass die Kosten künftig niedriger ausfallen.“ ■



Arno Gottschalk

INFO:

PLÄNE FÜR MÜLLABFUHR UND STRASSENREINIGUNG

Die Rekommunalisierung von Müllabfuhr und Straßenreinigung ist schon seit Längerem ein Ziel von SPD und Grünen. Nun hat der Senat die konkrete Planung beschlossen und vorgestellt. Die wesentlichen Punkte:

Es soll eine Anstalt öffentlichen Rechts gegründet werden, die sich zu jeweils 49,9 Prozent an zwei tarifgebundenen Gesellschaften mit beschränkter Haftung beteiligen soll. Eine dieser Gesellschaften soll für die Abfalllogistik zuständig sein, die andere für Straßenreinigung und Winterdienst südlich der Lesum. Die übrigen 50,1 Prozent dieser Gesellschaften soll ein privater Partner nach europaweiter Ausschreibung übernehmen. Dieser soll auch den Maschinenpark und die notwendigen Grundstücke für Entsorgungsdienstleistungen einbringen. Bremen soll jeweils einen von zwei Geschäftsführern in diesen Gesellschaften stellen.

Der Senat will zudem mit der Nehlsen-Gruppe Verhandlungen über einen Kauf der Entsorgung Nord (ENO) aufnehmen, die dann als reine Beschäftigtengesellschaft erhalten werden soll. Die beiden operativen Gesellschaften für Müllabfuhr und Straßenreinigung sowie Winterdienst südlich der Lesum sollen dann über die Ausschreibungsbedingungen angehalten werden, sich dieser Mitarbeiter für ihren Auftrag zu bedienen.

Die Straßenreinigung in Bremen-Nord bleibt, wie bisher, in kommunaler Hand und wird auch weiterhin vom Umweltbetrieb Bremen übernommen. Bei der Gesellschaft die Straßenreinigung und Winterdienst südlich der Lesum übernehmen soll, sichert sich Bremen über die Ausschreibung außerdem die Option, bereits im Jahr 2023 alle Gesellschaftsanteile zu übernehmen. In diesem Bereich wäre durch diese Option also eine vollständige Rekommunalisierung bereits nach fünf Jahren in der gemeinsam mit einem privaten Partner betriebenen operativen Gesellschaft möglich.